

Zukunft der Sozialversicherung – Sozialversicherung der Zukunft

Claudia Bogedan, Simone Leiber, Eric Seils

Die Bundestagswahl 2009 steht bevor und die Parteien diskutieren ihre Konzepte – auch zur Frage der Zukunft der Sozialversicherung. Einigkeit besteht darüber, dass alle Zweige der Sozialversicherung weiterhin reformbedürftig sind. Strittig ist dagegen, auf welche Weise die Sozialversicherung angesichts veränderter sozio-ökonomischer Rahmenbedingungen und daraus folgender neuer Sicherungsanforderungen zukunftsfest gemacht werden kann. Dabei handelt es sich keineswegs um ein „Luxusproblem“, dem angesichts der derzeitigen Wirtschaftskrise eine untergeordnete Bedeutung zukommt. Denn die Systeme sozialer Sicherung übernehmen eine wichtige Funktion bei der Bekämpfung der Krise und der Abfederung ihrer sozialen Folgen.

Die aktuelle Wirtschaftskrise offenbart Schwachstellen der bisherigen Reformstrategien. Diese sollten unter anderem die Eigenverantwortung der Bürgerinnen und Bürger in der sozialen Sicherung stärken, wie beispielsweise über die Förderung kapitalgedeckter Rentenversicherungen (Riester- und Rürup-Rente) oder den Ausbau von Selbstständigkeit in der Arbeitsförderung. Diese Ansätze lassen angesichts von Konjunkturerinbruch und Zusammenbruch der Finanzmärkte eklatante Schwachstellen erkennen. In den bisher vorliegenden Wahlprogrammen der Parteien zur Bundestagswahl nimmt daher „soziale Gerechtigkeit“ als Leitgedanke wieder eine zentrale Rolle ein. Die konkreten Vorschläge der Parteien zum Umbau der Sozialversicherung variieren jedoch, z. B. Bürgerversicherung (SPD, Linke, Grüne) versus Privatversicherungssystem (FDP) im Gesundheitswesen; Garantierente und Bürgerversicherung (Grüne) versus Erwerbstätigenversicherung (SPD) bei der Altersversorgung; umfassende Mindestsicherung (Linke) versus Bürgergeld (FDP) in Bezug auf Grundsicherungsleistungen; Umbau der Arbeitslosenversicherung zur Arbeitsversicherung (SPD).

Das vorliegende Schwerpunktheft der WSI-Mitteilungen¹ stellt einige dieser Reformvorschläge zur deutschen Sozialversicherung in eine international vergleichende Perspektive. Es richtet den Blick vornehmlich auf andere Sozialversicherungsländer wie Belgien, Österreich, Frankreich und partiell auch auf die Niederlande und die Schweiz. Denn dieser Vergleich mit Deutschland ähnlichen Ländern verspricht eine gute Passformigkeit, wenn es darum geht, Reformvorschläge für die deutsche Sozialversicherung zu diskutieren.

Allerdings erscheint die vor mehr als 125 Jahren in Deutschland eingeführte Sozialversicherung als nicht mehr zeitgemäß. So werden angesichts einer sinkenden Lohnquote Grenzen gesehen, die Finanzierung über Beiträge auf Arbeitseinkommen zu sichern. Und auch der Vorrang von Geldtransfers vor Sachleistungen im Übergang zur Dienstleistungsgesellschaft gilt als problematisch: So wird der Funktion des Lohnersatzes insbesondere in der Arbeitslosenversicherung Vorrang vor anderen Leistungsange-

boten eingeräumt. Notwendige und erwünschte Aufgaben wie Weiterbildung, Kinderbetreuung oder Pflegearbeit sind daher nicht ausreichend in die Solidarsysteme einbezogen. Auch die Trennung von gesetzlichen und privaten Systemen wie in der Krankenversicherung produziert Schiefen. Die Sozialversicherung hat daher keinen guten Ruf: sie sei zu teuer, zu inflexibel und unzeitgemäß.

Die in diesem Schwerpunktheft versammelten Beiträge richten den Blick auf diese Probleme, aber auch auf die Modernisierbarkeit der Sozialversicherung. Tatsächlich identifizieren die Autorinnen und Autoren durchaus eine Reihe von Stärken der Sozialversicherung, die sie zu einem soliden Ausgangspunkt für Reformen machen, der einen radikalen Schwenk zu einem zwar universellen, aber auf Mindestleistungen beschränkten Versorgungssystem des Beveridge-Typs unattraktiv erscheinen lässt.

Es werden Wege diskutiert, die Sozialversicherung zu einem modernen Sicherungssystem weiterzuentwickeln, das nachhaltiger finanziert, inklusiver und armutsfester ausgerichtet ist sowie den Bedürfnissen beider Geschlechter besser Rechnung trägt. Vorgeschlagen werden unter anderem eine „aufgabenadäquate Finanzierung“ von Sozialversicherungsleistungen, die Einbeziehung von neuen Selbstständigen im Kontext einer „ursachenadäquaten Vermeidungsstrategie von Altersarmut“, die Förderung des lebenslangen Lernens im Rahmen einer Beschäftigungsversicherung, die bessere Absicherung des Pflege- und Betreuungsrisikos und unsteter Erwerbsbiografien in den Sozialversicherungen sowie die Aufhebung der Zwei-Klassen-Versorgung in der Krankenversicherung.

¹ Wir danken herzlich Norman Wechselberger und Johannes Pennekamp, die beide – als Praktikant und als wissenschaftliche Hilfskraft im WSI – die Koordination des Schwerpunkthefts tatkräftig und kompetent unterstützt haben.

Konzept und Koordination des Schwerpunktheftes:

Claudia Bogedan, Wissenschaftlerin im WSI in der Hans-Böckler-Stiftung. Arbeitsschwerpunkte: Arbeitsmarktpolitik, (international) vergleichende Wohlfahrtsstaatsforschung.
e-mail: claudia-bogedan@boeckler.de

Simone Leiber, Dr., Wissenschaftlerin im WSI in der Hans-Böckler-Stiftung. Arbeitsschwerpunkte: Wohlfahrtsstaaten im Vergleich, Europäische Sozialpolitik, Gesundheitspolitik.
e-mail: simone-leiber@boeckler.de

Eric Seils, Dr., Wissenschaftler im WSI in der Hans-Böckler-Stiftung. Arbeitsschwerpunkte: Vergleichende Wohlfahrtsstaatsforschung, Haushalts- und Steuerpolitik, Politische Ökonomie.
e-mail: eric-seils@boeckler.de